



Warum die Europäische Union scheitern wird

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Wir haben kürzlich unsere Crowdfunding-Kampagne gestartet, damit wir unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus auch im Jahr 2025 fortsetzen können. Unterstützen Sie uns noch heute:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:
www.patreon.com/acTVism

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Dimitri Lascaris (DL): Guten Tag, ich bin Dimitri Lascaris und melde mich am 2. Januar 2025 aus Montreal, Kanada, zu Reason2Resist. *Europe's Economic Apocalypse Is Now (Europas wirtschaftliche Apokalypse steht bevor)*, so lautete die Überschrift eines vor zwei Wochen in der europäischen Ausgabe von Politico veröffentlichten Meinungsartikels. Der Autor dieses Meinungsartikels war Matthew Karnichnig, der in Berlin ansässige Chefkorrespondent für Europa von Politico. Karnichnig argumentierte, dass die Wahl von Donald Trump der letzte Nagel im wirtschaftlichen Sarg Europas sein könnte. Er warnte davor, dass Trump hohe Zölle auf europäische Importe in die Vereinigten Staaten erheben und gleichzeitig eine deutliche Erhöhung der europäischen Militärausgaben fordern könnte. Karnichnig meint, Zitat: „Das bedeutet, dass die europäischen Hauptstädte, die bereits jetzt

Schwierigkeiten mit der Eindämmung der steigenden Defizite bei sinkenden Steuereinnahmen haben, mit noch größeren finanziellen Belastungen konfrontiert sein werden, die weitere politische und soziale Unruhen auslösen könnten. Rezessionen und Handelskriege mögen kommen und gehen”, so schreibt er, „aber was diesen Zeitpunkt für den Wohlstand des Kontinents so gefährlich macht, hat mit der größten unbequemen Wahrheit von allen zu tun. Die EU ist zu einer Innovationswüste geworden”. Mein heutiger Gesprächspartner ist Costas Lapavitsas. Costas ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der School of Oriental and African Studies der University of London. Bei den Parlamentswahlen in Griechenland im Januar 2015 wurde er als Mitglied der linksgerichteten Syriza-Partei ins griechische Parlament gewählt. Im August desselben Jahres, nachdem der griechische Premierminister Alexis Tsipras vor den Sparauflagen der griechischen Gläubigertroika kapituliert hatte, schloss sich Costas einer neuen politischen Partei namens Popular Unity an. Seitdem ist er in die akademische Welt zurückgekehrt und hat zahlreiche Bücher verfasst, darunter *The Left Case Against the EU (Der Fall der Linken gegen die)* und *Crisis in the Eurozone (Die Krise in der Eurozone)*. Sein neuestes Buch, das ich gerade mit großer Faszination zu lesen begonnen habe, heißt *The State of Capitalism (Der Zustand des Kapitalismus)*. Darin untersucht er, wie der Kapitalismus groteske Ungleichheit, verheerende Finanzblasen und die Zerstörung des Planeten hervorgebracht hat. Das Buch enthält aber auch ein politisches Programm zur Überwindung des Neoliberalismus und zur Demokratisierung der Wirtschaft. Vielen Dank, dass Sie heute bei mir sind, Costas.

Costas Lapavitsas (CL): Es ist mir ein Vergnügen. Es ist schön, mit Ihnen zu sprechen, und ich hoffe, dass wir ein sinnvolles und fruchtbares Gespräch führen werden.

DL: Ich ebenfalls. Beginnen wir also mit den Problemen Europas. Im vergangenen Jahr wurde Mario Draghi, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank und früherer Banker bei Goldman Sachs, von der Europäischen Kommission beauftragt, einen Bericht über seine persönliche Vision für die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zu erstellen. Im September veröffentlichte Draghi diesen Bericht mit dem Titel *The Future of European Competitiveness [Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit]* und legte eine dreigliedrige Strategie zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft vor. Erstens: die Innovationslücke zwischen Europa einerseits und China und den Vereinigten Staaten andererseits schließen. Zweitens: die europäische Wirtschaft digitalisieren und von Kohlenstoffemissionen befreien. Und drittens – mein persönlicher Favorit – sollen die Verteidigungsausgaben erhöht und effizienter gestaltet werden. Und das meinte ich natürlich ironisch, Costas. Draghi zufolge erfordert all dies eine Gesamtinvestition von etwa fünf Prozentpunkten des EU-BIP. Zum Vergleich weist er darauf hin, dass die zusätzlichen Investitionen, die durch den Marshall-Plan in den Jahren 1948 bis 1951 bereitgestellt wurden, jährlich etwa ein bis zwei Prozent des BIP ausmachten. Wie beurteilen Sie also Draghis Analyse? Hat er die Probleme Europas richtig diagnostiziert? Und wenn ja, hat er auch das richtige Heilmittel verschrieben?

CL: Lassen Sie mich zunächst etwas über Mario Draghi sagen, den Mann für alle Fälle. Krisen kommen und gehen, alle möglichen Ereignisse und Unruhen finden statt, doch Mario

Draghi ist immer da. Das ist kein Zufall. Es gibt übrigens in vielen europäischen Ländern, einschließlich Griechenland, ähnliche Persönlichkeiten wie Draghi, worüber wir noch sprechen werden. Draghi ist also präsent, weil er für das Establishment spricht. Das sollte man nie vergessen. Er spricht für das Establishment, genau das Establishment, das Europa auf diesen aussichtslosen Weg gebracht hat. Die Vorstellung, dass dieses Establishment auch die Lösung für die Probleme Europas bereithält, ist völlig abwegig. Das ist keine ernsthafte Überlegung. Mario Draghi hat in seinem langen Bericht einen Punkt angesprochen, der meiner Meinung nach von Wert ist. Er hat die tiefen Wurzeln des Problems diagnostiziert, das natürlich in dem erschreckenden Produktivitätswachstum in Europa liegt. Die von ihm vorgeschlagenen Lösungen sind überhaupt keine Lösungen. Es handelt sich um eine Liste von Wunschvorstellungen, Ideen und Vorschlägen, wie die bereits erwähnten drei. Es gibt keine offensichtliche Möglichkeit, all dies umzusetzen. Der Wert des Berichts liegt, wie ich wiederholen möchte, darin, dass er das eigentliche Problem, das absolut katastrophale Wachstum der Produktivität, aufzeigt. Das Produktivitätswachstum der Vereinigten Staaten ist übrigens historisch gesehen nicht viel besser, aber besser als in Europa. Und deshalb sprechen die Leute von einer Art Wunder in den Vereinigten Staaten. Es gibt kein Wunder in den Vereinigten Staaten, so wie es vor zehn Jahren auch kein Wunder in Europa gab. Ich sage das, weil viele Leute damals von der mächtigen deutschen Wirtschaft sprachen, dem Kraftwerk Europas. Das war nie so. Sie erinnern sich vielleicht, weil Sie das Jahr 2015 erwähnt haben, dass ich damals immer wieder persönlich die Meinung vertreten habe, dass Deutschland wirtschaftlich schwach ist. Der Grund, warum der Wirtschaft dort gut geht, ist der Lohnstopp. Er drückt die Löhne nach unten. Es handelt sich um kein Produktivitätswachstum, von dem wir hier sprechen. Es geht nicht wirklich voran. Dies ist nun an die Oberfläche gekommen. Draghi hat erkannt, dass dies die Realität ist. Er hat ein Bild für den Rest Europas gezeichnet, aber die Lösungen, die er vorschlägt, sind keineswegs Lösungen. Vielleicht kann ich es noch etwas anders ausdrücken, und dann können wir es weiter ausarbeiten. Draghi argumentierte, dass diese drei von Ihnen erwähnten Maßnahmen funktionieren würden, da sie im Wesentlichen durch eine Welle öffentlicher Investitionen finanziert würden. 800 Milliarden, erwähnte er, die 5%, die Sie zuvor erwähnt haben. Das ist eine Menge Geld, richtig? Der Grund, warum er diese öffentlichen Investitionen für notwendig hält, ist natürlich, dass es keine privaten Investitionen gibt. Anstatt uns zu erklären, warum es keine privaten Investitionen gibt, mit anderen Worten, warum das Großkapital nicht investiert, ging er direkt dazu über, warum öffentliche Investitionen an seine Stelle treten müssen. Nun bin ich nicht jemand, der gegen öffentliche Investitionen ist. Natürlich brauchen wir öffentliche Investitionen. Aber wenn Draghi seine Arbeit richtig machen wollte, hätte er genauer untersuchen sollen, warum das Großkapital nicht investiert. Und dort hätte er sehr ähnliche Dinge wie in den Vereinigten Staaten gefunden. Die missliche Lage des zeitgenössischen Kapitalismus, die in Europa besonders schlimm ist. Das Großkapital investiert nicht, das ist der eigentliche Ausgangspunkt. Und wenn das Großkapital nicht investiert, steigt die Produktivität nicht. Wenn die Produktivität nicht steigt, ist die Rentabilität nicht gut, es sei denn, man drückt die Löhne. Das ist der Stand der Dinge. Das ist es, was in Europa passiert ist, und das hat sich erschöpft. Was wir also tun werden, steht zur Debatte und wir werden darüber diskutieren.

DL: Ich möchte das für die Zuhörer näher ausführen – ich erinnere mich sehr gut an Ihre Kritik an Deutschlands sogenannter Powerhouse Economy, oder Wirtschaftskraft. Damals haben Sie darauf hingewiesen, dass die Gewerkschaften in Deutschland, ich glaube unter der Regierung von Gerhard Schröder, einen Pakt mit dem Teufel geschlossen und im Grunde einer langfristigen Unterdrückung ihrer Löhne, der Löhne der Arbeitnehmer, zugestimmt haben, um die deutsche Wirtschaft gegenüber anderen großen Exportnationen wettbewerbsfähiger zu machen. Und eine Zeit lang hat dies funktioniert, aber es gab keine wirkliche Innovation in der deutschen Wirtschaft; nicht einmal im Automobilssektor hat sich die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren durch Innovation hervorgetan, obwohl ich glaube, dass dort der Großteil der F&E-Ausgaben getätigt wurde. Und jetzt rächt sich das, und niemand scheint eine realistische Vorstellung von der Lösung dieses Problems in Deutschland zu haben. Aber was ich Sie wirklich fragen möchte, Costas, ist, warum die Wirtschaft in Europa nicht in Produktivität investiert? Ich meine, die Antwort zu kennen, aber ich bin gespannt auf Ihre Meinung dazu.

CL: In der politischen Ökonomie, sei es aus marxistischer, postkeynesianischer oder anderer Sicht, wird über die Finanzialisierung des Kapitalismus diskutiert. Diese Debatte hat kaum Auswirkungen, jedoch Auswirkungen auf die gängige Wirtschaftstheorie, denn die gängige Wirtschaftstheorie ist im Grunde genommen taub. In der politischen Ökonomie wird dies jedoch diskutiert und es gibt eine umfangreiche Literatur dazu. Eines der Merkmale der Finanzialisierung, abgesehen vom Aufstieg des Finanzwesens als enorm wichtiger Wirtschaftssektor und enorm wichtige Gewinnquelle, ist die geringe Investitionsbereitschaft. Vor allem Großkonzerne, insbesondere die riesigen multinationalen Konzerne, die die Binnenwirtschaft, aber auch die Weltwirtschaft dominieren, verfügen über riesige Mengen an flüssigem Kapital und investieren im Verhältnis dazu wenig. Das ist ein charakteristisches Merkmal der Finanzialisierung. Sie werden in die Finanzwelt verwickelt, geben Gewinne an die Aktionäre weiter, schaffen Möglichkeiten, auf vielfältige Weise aus allen Arten von Transaktionen Gewinne zu ziehen und diese an die Aktionäre zurückzugeben, aber sie investieren nicht. Ein Großteil der Investitionen, die sie tätigen, da Investitionen getätigt werden müssen, floss in der Vergangenheit, in den letzten zwei, drei Jahrzehnten, in Entwicklungsländer, im Wesentlichen in den Fernen Osten. Auch die Produktionskapazität ist dorthin abgewandert, was natürlich vor allem an den besonders günstigen Rentabilitätsbedingungen für Großkonzerne liegt. Diese Kombination hat die Produktionskapazität in den großen Kernwirtschaften der Weltwirtschaft, im Wesentlichen der westlichen Wirtschaft, im Inland stark beeinträchtigt. Deutschland ist ein gutes Beispiel dafür, wobei es Unterschiede zu den Vereinigten Staaten und Großbritannien usw. gibt. Da wir gerade über Europa sprechen, sollte ich erwähnen, dass deutsche Großkonzerne nicht im Inland investieren. Vielmehr sitzt man auf riesigen Geldbergen. Investiert wurde in den umliegenden Gebieten, den umliegenden Ländern. Es wurde ein Netzwerk von Produktionskapazitäten geschaffen, das hauptsächlich aus der Automobilindustrie sowie Werkzeugmaschinen und Chemikalien besteht. Teile Osteuropas wurden in dieses Netzwerk integriert. Im Wesentlichen hat Europa derzeit zwei industrielle Stützpunkte, den Deutschen, der auf diese Weise funktioniert und Teile Polens, der Slowakei, Tschechiens und Italiens,

insbesondere Norditaliens, umfasst. Das ist alles. Es gibt kein anderes nennenswertes Industriezentrum in Europa. Der Grund, warum es dem deutschen Sektor in den letzten Jahrzehnten einigermaßen gut ging, ist nicht, dass er investiert, das tut er nicht, er unterdrückt die Löhne, erforscht und nutzt Niedriglöhne außerhalb Deutschlands, und entscheidend dafür war auch die billige Energie, billige Energie aus Russland. Die Kombination aus niedrigen Löhnen, über lange Zeit eingefrorenen Löhnen und billiger Energie hat Deutschland einen starken Wettbewerbsvorteil verschafft. Diese beiden Faktoren gibt es nicht mehr. Die wahre Schwäche Deutschlands ist zum Vorschein gekommen. Und damit auch die wahre Schwäche Europas, denn wenn Deutschland hustet, bekommt Europa eine schwere Grippe. Und genau das passiert gerade.

DL: Eine der Möglichkeiten, wie diese riesigen Konzerne in den letzten Jahren offenbar ihre enormen Kapitalpools immer stärker einsetzen, sind Aktienrückkäufe. Und soweit ich weiß, ermöglichen Aktienrückkäufe es der Konzernführung, den Aktienkurs zu erhöhen, indem sie die Nachfrage nach den Aktien steigern, und zwar durch den Rückkauf einer großen Anzahl von Aktien mit Konzernkapital. Dies ist natürlich sehr vorteilhaft für die Führungskräfte, die in hohem Maße durch Aktienoptionen vergütet werden. So sehen sie, wie der Wert ihrer Aktienoptionen mit steigendem Aktienkurs steigt, aber dies trägt in keiner Weise zur Steigerung der Produktivität des Konzerns oder der Wirtschaft bei. Ist das eine faire Einschätzung? Und ich möchte in diesem Zusammenhang zu meiner nächsten Frage überleiten, nämlich dem aktuellen Zustand der Aktienmärkte im Westen. Mir ist das noch sehr gut in Erinnerung, da ich damals als Anwalt für Wertpapier-Sammelklagen tätig war und an der Verfolgung von Fällen von Wertpapierbetrug beteiligt war. Und ich war fassungslos, als ich sah, wie tief der Aktienmarkt am Tiefpunkt der großen Krise von 2007, 2009, gefallen war. Im März 2009 erreichte der Dow Jones Industrial Average einen Tiefstand von, ich glaube, etwa 7.200 Punkten und liegt jetzt im Bereich von 42.000. In etwa 15 Jahren ist der Dow Jones Industrial Average um mehr als 600 % gestiegen. Das BIP-Wachstum in den Vereinigten Staaten lag jedoch, basierend auf den offiziellen Statistiken, die ich gesehen habe, im selben Zeitraum bei etwa 90 %. Mir scheint also, dass sich der Aktienmarkt weitgehend von der Gesundheit der Gesamtwirtschaft abgekoppelt hat. Glauben Sie, dass das eine faire Einschätzung ist? Haben wir es Ihrer Meinung nach mit einer Blase an den Aktienmärkten im Westen zu tun und was sind die Hauptursachen für diese Blase?

CL: Ich glaube, das steht völlig außer Frage. Beginnen wir von vorne. Die Krise von 2007, 2009 war im Grunde keine Börsenkrise. Die Börse folgte. Diese Krise war in erster Linie eine Krise, die in den Vereinigten Staaten aufgrund von Immobilien, Spekulationen auf dem Immobilienmarkt, Subprime-Krediten und all dem begann und zum großen Teil von europäischen und US-amerikanischen Banken finanziert wurde. Und als die Krise aufkam, brach auch der Aktienmarkt ein. Aber es war nicht in erster Linie eine Börsenkrise. Der Aktienmarkt folgte. Anschließend wurden den großen Banken die Flügel gestutzt. Sie verloren in der Krise viel Geld. Sie wurden natürlich vom Staat gerettet, aber sie verloren viel Geld. Und ihre Flügel wurden im Wesentlichen durch Regulierung gestutzt. Die Einführung der Volcker-Regulierung, die im Wesentlichen von Volcker inspiriert wurde, wobei Paul Volcker die zentrale Person des US-Finanzwesens der letzten 50 Jahre war. In diesem

Vakuum, das durch das Zurückziehen der Banken entstand, traten Schattenbanken in Erscheinung. Schattenbanken sind heute die dominierenden Akteure der Finanzialisierung. Bis 2007, 2009 waren Banken die dominierenden Akteure der Finanzialisierung. Seit dieser historischen Krise sind Schattenbanken zum Hauptakteur und Hauptakteur der Finanzwirtschaft geworden. Schattenbanken sind keine Banken. Sie sind Portfoliomanager. BlackRock, diese Art von Einrichtung, die im Grunde ein Portfolio-Inhaber ist, gibt Wertpapiere aus, kauft Wertpapiere und verwaltet ein Portfolio. Drei dieser Institutionen kontrollieren derzeit 50 Prozent des gesamten Aktienkapitals der Vereinigten Staaten. Das ist eine enorme Konzentration. Sie sind gigantisch geworden. Sie leihen sich bis zu einem gewissen Grad Geld. Die Banken sind mit ihnen verbunden. Es herrscht kein Wettbewerb zwischen den Schattenbanken und den regulären Geschäftsbanken. Aber die Hauptakteure seit 2015 sind im Grunde die Schattenbanken. Und sie investieren weltweit. Es ist nicht schwer zu erkennen, dass diese Schattenbanken, diese Investmentfonds, im Grunde, wie auch immer man sie betrachten mag, Hedgefonds, die Portfoliomanager ein ureigenes Interesse an einem Anstieg der Aktienmärkte haben, weil sie auf der Grundlage ihrer Vermögenswerte vergütet werden. Sie stehen unter dem Druck, zu kaufen und zu expandieren, die Bilanz zu strecken und das Vermögen der Bilanz weiter zu steigern, denn so werden die Manager bezahlt. Jetzt sind 15 Jahre dieser Entwicklung eine sehr wichtige Phase in der Geschichte des Kapitalismus, nicht wahr? Genau das dominiert im Moment. Aber wer hat ihren Aufstieg ermöglicht? Wer steckt dahinter? Wer hat für ihr weiteres Wachstum und ihre Gewinne gesorgt? Der Staat. Die letzten 15 Jahre waren Jahre staatlich geförderter Finanzialisierung. Schattenbanken sind durch die Unterstützung des Staates in unvorstellbarer Weise gewachsen. Inwiefern? Ich sage Ihnen, inwiefern. Der Staat ist in den Vereinigten Staaten und anderswo zu einem riesigen Kreditnehmer geworden und schafft daher die Wertpapiere, die auch Schattenbanken kaufen. Und der Staat hat die Märkte, die Finanzmärkte, mit Geld geflutet. Quantitative Lockerung und Liquiditätsversorgung in einem für viele, viele dieser 15 Jahre seit 2007, 2009, beispiellosen Ausmaß. Das ist das Umfeld, in dem die Schattenbanken ihre Geschäfte ausweiten, Gewinne erzielen und den Aktienmarkt in die Höhe treiben konnten. Der Anstieg des Aktienmarktes, mit anderen Worten, diese enorme Eskalation des Aktienmarktes wurde durch billige Liquidität erzeugt, die vom Staat geschaffen wurde, sowie durch die Kreditaufnahme des Staates, die Wertpapiere schafft, mit denen die Schattenbanken spekulieren können. Der dritte Faktor, der über Schattenbanken und den Staat hinausgeht, ist natürlich die Technologie. Die großen Technologiekonzerne. Und in den letzten Jahren, insbesondere in den letzten sechs Monaten, sind auf der Grundlage der Technologie Blasen entstanden. Es gibt eine Fülle von Literatur, eine ganze Philologie, die sich mit Technologie und KI und all den wunderbaren Möglichkeiten, die dies für das uns bekannte Leben mit sich bringen wird, befasst und die Welt verändern wird. Das ist charakteristisch für Blasen. Und Big Tech ist für den jüngsten Anstieg an der Börse verantwortlich. Sie profitieren davon. Sie ziehen Geld und Liquidität sowohl aus den Vereinigten Staaten als auch aus der ganzen Welt an. Die Vereinigten Staaten schöpfen derzeit Kapital aus der ganzen Welt an, um Technologie und andere Vermögenswerte zu kaufen. Handelt es sich hierbei um eine Blase? Ich habe bereits darauf hingewiesen, denn es steht zweifelsohne fest, da wir noch keine nachhaltigen Auswirkungen der neuen Technologien und Produktivität und damit der daraus resultierenden neuen Gewinne verzeichnen können. All dies ist noch immer in Aussicht gestellt. Der zweite

Punkt im Zusammenhang mit Technologie usw. ist, dass insbesondere Big Tech teilweise vom Rest der Wirtschaft abgekoppelt ist. Das ist den Menschen nicht bewusst. Die großen Technologiekonzerne sind nicht sonderlich eng mit dem Rest der Wirtschaft verbunden, trotz all den Gerüchten über zukünftige Aktivitäten. Sie leben in ihrer eigenen Blase, es sind die Plattform-Ökonomien und dergleichen. Es handelt sich fast um einen halb abgetrennten Wirtschaftssektor. Und genau das hat diese Blase in hohem Maße vorangetrieben. Wird sie platzen? Das wird sie irgendwann.

DL: Welche Art von Ereignissen, politischen, wirtschaftlichen oder anderen, könnten zum Platzen dieser Blase führen? Und sehen Sie Anzeichen für ein mögliches Platzen in naher Zukunft?

CL: Das ist sehr schwer vorherzusagen. Wann eine Blase platzt, ist sehr schwer abzusehen. Es ist einfach unmöglich. Doch es gibt Anzeichen dafür, dass die Kreditstrukturen erneut überstrapaziert werden. Erst kürzlich wurde bekannt, dass die Verschuldung der privaten Haushalte und die Zahlungsverzögerungen bei Privatschulden, also die Unfähigkeit, seine Schulden in den Vereinigten Staaten zu begleichen, eskaliert sind. Das Problem der Kredite in den letzten 15 Jahren ist nicht die Verschuldung der privaten Haushalte. Es ist nicht wie 2007, 2009. Die Leute nehmen keine Kredite mehr auf, um Hypotheken zu bezahlen und Ähnliches. Aber dennoch haben die Haushalte weiterhin Kredite aufgenommen, um über die Runden zu kommen. Sie haben weiterhin Kredite aufgenommen, weil die Inflation die Finanzen der Haushalte unter Druck gesetzt hat. Die Löhne sind nicht entsprechend gestiegen. Die Kombination aus Inflation und Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Unfähigkeit, den eigenen Schuldenverpflichtungen nachzukommen, bedeutet also, dass die Zahl der Zahlungsausfälle gestiegen ist. So etwas könnte als ein Ereignis fungieren, das den Prozess der Eskalation in Gang setzen würde. Wir wissen es nicht. Ich meine, ich weiß es nicht. Und ich möchte darüber nicht spekulieren. Was ich Ihnen sagen kann, ist, dass sich definitiv Blasenbedingungen abzeichnen. Und das wird 2025 nicht verschwinden, weil die Zinssätze wieder gesunken sind oder gerade anfangen zu sinken. Das wird nicht vergehen. Ich kann Ihnen sagen, dass das nicht gut ausgehen wird.

DL: Lassen Sie uns über eine andere Art der Wirtschaftsorganisation sprechen, und zwar am Beispiel Chinas. Offiziellen Daten zufolge verzeichnet China im Vergleich zu den großen westlichen Volkswirtschaften weiterhin ein hohes Wirtschaftswachstum. Und auf der Grundlage der Kaufkraftparität hat es jetzt mit großem Abstand das größte BIP der Welt. Wie allgemein bekannt ist, hat China seit Ende der 1970er Jahre mehr als 800 Millionen seiner Bürger aus der extremen Armut befreit. Ich denke, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass dies in der Geschichte der Menschheit beispiellos ist. Was ist Ihrer Meinung nach der Grund für den relativen Erfolg des chinesischen Wirtschaftsmodells im Vergleich zu den Wirtschaftsmodellen der großen westlichen Volkswirtschaften?

CL: Staatlich gelenkter Kapitalismus. Das ist im Grunde die einfache Antwort. Der Kern der chinesischen Wirtschaft ist staatlich und wird staatlich kontrolliert. Staatliche Konzerne sind das Rückgrat der chinesischen Wirtschaft. Es handelt sich um gigantische Betriebe.

Multinationale Betriebe, die in vielen Teilen der Welt tätig sind, nicht nur in China. Das Bankensystem Chinas ist staatlich und die Kapitalbilanz Chinas wird natürlich kontrolliert. In China gibt es Kapitalkontrollen. Darüber spricht man nicht gern, aber sie existieren. Der Staat spielt eine entscheidende Rolle bei der Verwaltung von Investitionen und der Leitung der staatlichen Konzerne, die das Rückgrat der Wirtschaft bilden. Viele Menschen im Westen haben sich in den vergangenen Jahren auf die Erfahrungen und die Wirtschaftstheorie der USA berufen, um zu argumentieren, dass es in China zu einer Art Opposition zwischen privatem Kapitalismus und staatlichem Kapitalismus kommen würde. So etwas gibt es nicht. Jeder, der weiß, wie Asien im Allgemeinen und China im Besonderen funktioniert, hätte dies vorhersagen können. Die staatlichen Konzerne, das Rückgrat der Wirtschaft, beziehen zunehmend auch privates Kapital mit ein. Sie erlauben privaten Kapitalisten zu investieren. Aber auch Privatbetriebe in China, vollständig private Betriebe in China, vermischen sich mit staatlichen Konzernen und staatlichen Einrichtungen. Wir haben es also mit einer Verflechtung von privatem Kapitalismus und staatlich betriebenen Kapitalismus zu tun. Im Grunde genommen ist es ein einziger. Es entsteht keine privatwirtschaftliche Kapitalistenklasse, die sich für Demokratie einsetzt und die Herrschaft der Kommunistischen Partei stürzt oder so etwas. Solch eine Vorstellung existiert nur in der Vorstellung verschiedener Menschen in den Vereinigten Staaten. Der Staat spielt dann eine entscheidende Rolle. Vielleicht sollte ich das etwas genauer ausführen, da die Menschen oft nicht die Bedeutung verstehen. Die Kommunistische Partei Chinas, die keine wirkliche kommunistische Partei ist, sondern eine riesige Institution, die die Gesellschaft durchdringt, hat vielleicht 90 Millionen Mitglieder, 100 Millionen Mitglieder in der gesamten Gesellschaft. Ihre Entscheidungen prägen den Markt auf sehr vielen verschiedenen Ebenen. Aber um konkreter zu werden, erwähnte ich die staatlich geführten Konzernen. Die Ölgesellschaften, die Transportkonzerne und so weiter, die riesigen Einheiten des chinesischen Kapitalismus. Die Vorstandsvorsitzenden dieser Konzerne sind nicht einfach nur Mitglieder der Kommunistischen Partei. Sie sind oft Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Und so verstehen die Menschen oft nicht, dass dies der Fall ist. Wer nicht Mitglied dieser ist, kann nicht Vorstandsvorsitzender dieser Konzerne sein. Und die Entscheidungsfindung dieser großen Konzerne wird tatsächlich von den politischen Entscheidungen der Kommunistischen Partei geprägt, die nun einmal das ist, was sie ist, richtig? Als politische Institution, die China regiert, steht sie hinter dem Erfolg Chinas. Das ist ein Faktor. Der zweite Faktor, der hier sehr wichtig war, ist natürlich die enorme Verfügbarkeit billiger, disziplinierter Arbeitskräfte. Dies ist seit Beginn des Kapitalismus das Geheimnis des kapitalistischen Erfolgs. China verfügte über riesige Reserven solcher Arbeitskräfte und nutzte sie. Die Mobilisierung nationaler Ressourcen in China durch die Kommunistische Partei durch so große Konzerne und die Mobilisierung von Arbeitskräften, die auf diese Weise diszipliniert und organisiert sind, war also von grundlegender Bedeutung für den Erfolg Chinas. Natürlich auch dank westlicher Investitionen, denn die großen multinationalen Konzerne im Westen, dachten, dass sie erhebliche Gewinne erzielen könnten, und investierten in China, in den Technologietransfer und dann in die Kapazität, den Einfallsreichtum und die wissenschaftlichen Fähigkeiten des chinesischen Volkes, die in den letzten Jahrzehnten explosionsartig zugenommen haben. Das war das Erfolgsgeheimnis seit Beginn der Reformen. Jetzt ist das vorbei, oder die rasante Phase dieses Wachstums ist vorbei.

DL: Liegt das zum Teil an der höheren Entlohnung in China?

CL: Auf jeden Fall. Ich wiederhole: Die Menschen wissen nicht zu schätzen, was vor sich geht. Die Reallöhne sind in China gestiegen. Viele chinesische Großkonzerne sind ins Ausland abgewandert, nach Vietnam und anderswohin, wo die Löhne niedriger sind, oder in die Provinzen Chinas, weg von Shanghai, Peking usw., wo die Löhne in der Provinz nach wie vor niedriger sind als in den großen Ballungsräumen. Das liegt zum Teil daran, dass die Verfügbarkeit von Arbeitskräften nach wie vor sehr hoch ist. Es gibt immer noch Hunderte Millionen Menschen, die für kapitalistische Beschäftigung oder für Lohnarbeit zur Verfügung stehen, aber die Kosten sind höher als früher. Der zweite und ebenfalls entscheidende Faktor ist natürlich das enorme Schwergewicht der Investitionen. Die Konzerne, die ich bereits erwähnt habe und die von der Kommunistischen Partei kontrolliert werden, haben privilegierte Investitionen. China hat massiv investiert. 45 % des BIP sind Investitionen. Die Renditen dieser Investitionen sind gesunken. Was wir normalerweise berechnen, ist die Profitrate. Mit anderen Worten: Die Rendite von Kapitalinvestitionen in China ist seit einiger Zeit rückläufig. Investitionen sind nicht mehr so rentabel wie früher, und das ist ein Zeichen für ein Übermaß an Investitionen in China. Gleichzeitig gab es eine riesige Spekulationswelle im Finanzwesen. China ist nicht finanzialisiert. Das wird missverstanden. China ist keine finanzialisierte Wirtschaft wie die Vereinigten Staaten, aber es hat einen großen Finanzsektor. Ein großer Finanzsektor bedeutet nicht Finanzialisierung und eine Finanzblase bedeutet nicht Finanzialisierung. Finanzblasen führen zu Kapitalismus. China hatte eine riesige Finanzblase, die sich auf Immobilien stützte, und hat jetzt eine riesige Schuldenlast, die bewältigt werden muss, etc. Das wirkt sich auf die Gesamtleistung der Wirtschaft aus. Die Kombination dieser Faktoren, steigende Löhne, schwächere Investitionsrenditen, geringere Rentabilität und eine Belastung durch große unproduktive und bedeutungslose Immobilienkapazitäten wirken sich negativ auf die chinesische Wirtschaft aus. China steht derzeit vor großen strukturellen Problemen. Es muss überdenken, wie es seine Wirtschaft organisieren will. Die Kommunistische Partei wird das entscheiden, nicht der Markt. Die Menschen müssen verstehen, dass die Kommunistische Partei diese Entscheidung treffen wird. So wie sie ist, nicht wahr? Wie ich eingangs sagte, handelt es sich nicht um eine echte kommunistische Partei, sondern um eine politische Organisation, die eine große Rolle im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben des Landes spielt.

DL: Zurück zu Europa. Welche Lehren sollten die Europäer Ihrer Meinung nach aus den Erfahrungen Chinas ziehen? Natürlich verfügt Europa nicht über eine solche Fülle an billigen Arbeitskräften, zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt, aber mit der derzeitigen Entwicklung könnte sich das eines Tages ändern. Aber wie sollten die Europäer Ihrer Meinung nach aus den Erfahrungen Chinas lernen und diese in der Eurozone anwenden?

CL: Europa braucht Investitionen. Es braucht Investitionen im Bereich der Produktionskapazität. Draghi hatte Recht. Er orientierte sich zwar nicht an China, aber das hätte er tun sollen. Draghi lag richtig. Europa braucht in erster Linie Investitionen. Und es braucht Mechanismen, um öffentliche Investitionen zu generieren, und dann Mechanismen,

um private Investitionen zu fördern. Mit anderen Worten, eine Kombination. Es können nicht nur öffentliche Investitionen sein, richtig? Es müssen auch private Investitionen erfolgen. Aber dazu kommt es nicht, nur weil jemand es sich wünscht. Oder weil jemand eine Liste hat und sagt: Hier ist eine schöne Auswahl an Bereichen, in die man als privater Kapitalist gewinnbringend investieren könnte, oder in die man als öffentlicher Akteur gewinnbringend investieren könnte. Eine Investitionswelle, wie sie Europa braucht, setzt unterschiedliche Bedingungen für Eigentumsrechte und Arbeitsmarktbedingungen voraus. Und genau dazu schweigt Draghi. Genauso wie die europäische Elite schweigt, da es ihren Interessen zuwiderläuft. Mit anderen Worten: Für die von Europa benötigte Investitionswelle muss sich das soziale Gleichgewicht ändern. Europa braucht in erster Linie öffentliche Investitionen, die die Eigentumsrechte verändern werden, und zwar offensichtlich in einer ganzen Reihe von Bereichen. Welche das sein werden, müssen wir diskutieren. Und diese Anbetung neuer Technologien und KI, das ist nur ein Spiegelbild und eine Wiederholung der Ereignisse in den Vereinigten Staaten in Bezug auf die Blase und all dieses endlose Gerede über das Wunder, das angeblich in den Vereinigten Staaten geschieht. In den Vereinigten Staaten gibt es kein Wunder, richtig? Wir benötigen also eine Debatte. Wir brauchen eine Diskussion. Welche Sektoren? Wie soll das geschehen? Wie werden wir die Eigentumsrechte umgestalten, d.h. wie werden wir das öffentliche Eigentum in Bezug auf die Ressourcen und die Aktivitäten fördern, die die Produktivität steigern werden? Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt, den wir diskutieren müssen, und den ich bereits erwähnt habe, ist die Frage, wie der Arbeitsmarkt neu organisiert werden kann. Wie kann das Gleichgewicht zugunsten der Arbeit und gegen das Kapital verschoben werden? Wie kann man der Lohnsenkung Einhalt gebieten, in der Annahme, dass dies die Wirtschaft ankurbeln würde? Das ist wiederum eine sehr schwierige Angelegenheit, was natürlich soziale und politische Auswirkungen hat. Aber wenn man diese Aspekte nicht angeht, wird Europa nicht aus der Krise herauskommen. Ich kann mir das nicht vorstellen. Es wird seine Zeit damit verschwenden, Wunschlisten zu erstellen. Vielleicht lässt sich das anhand des dritten Punktes verdeutlichen, den Sie in Bezug auf Draghis Vorschläge angesprochen haben, nämlich die Militärausgaben. Wir erleben gerade die Militarisierung Europas. Europa militarisiert sich. Und das ist nicht nur Draghi. Das geht von der Kommission aus. Ursula von der Leyen, diese unbeschreibliche Person, die derzeit die Kommission leitet, diese drittklassige Politikerin, die eine Machtkonzentration in ihren Händen erreicht hat wie nie zuvor in Brüssel, ist derzeit eine treibende Kraft hinter der Militarisierung Europas. Lassen Sie uns hier ein wenig einfache Arithmetik betreiben. Der Feind Europas, der eine Militarisierung des Kontinents erforderlich macht, ist vermutlich Russland. Lassen wir die Geopolitik außen vor, obwohl ich sie auf Wunsch gerne erläutern kann, und betrachten nur die reinen Zahlen. Wie viel gibt Russland pro Jahr für Rüstung aus?

DL: Ich glaube, es sind derzeit etwa 120 Milliarden.

CL: Seien wir großzügig und sagen wir 150 [Milliarden], richtig? Denn auch Russland hat sich, was den Krieg in der Ukraine angeht, militarisiert. Sagen wir also 150 [Milliarden]. Was geben Deutschland und Frankreich zusammen aus? Wie viel mehr muss Europa aufwenden?

DL: Und niemand erklärt jemals, warum das derzeitige Niveau der Militärausgaben Europas nicht ausreicht, um der angeblichen Bedrohung durch Russland zu begegnen. Es ist einfach erstaunlich.

CL: Rechnen Sie es einfach zusammen. Nehmen Sie Großbritannien hinzu. Nehmen Sie ganz Europa hinzu. Und plötzlich haben Sie eine Zahl, die sechs- oder siebenmal so hoch ist wie die von Russland. Wie viel mehr muss Europa also aufwenden?

DL: Ja, und dann kommen noch die Militärausgaben der USA hinzu, und dann reden wir über ...

CL: Dann explodiert es. Wenn Europa sich nun militarisiert und insbesondere wenn es mit dem Kauf vieler dieser Waffen aus den USA beginnt, F-35 und andere, wer wird davon profitieren? Nicht Europa. Sondern der militärisch-industrielle Komplex der USA. Und Trump ist diesbezüglich offen. Ihr müsst eure Ausgaben erhöhen und unsere Waffen kaufen. Das ist im Grunde das, was er gesagt hat. Ich kann verstehen, warum Trump diese Aussage macht, aus seiner Perspektive und aus der Perspektive des herrschenden Blocks in den USA ergibt dies absolut Sinn. Diese Idioten in Europa dazu zu bringen, enorme Geldsummen für den Kauf all dieser Waffen auszugeben, die wir herstellen und deren militärischer Wert ebenfalls fraglich ist. Richtig? Warum befürwortet Draghi dies aus europäischer Sicht? Und warum befürwortet von der Leyen dies ebenfalls aus europäischer Sicht? Völlig sinnlos. Aber genau das ist das Kaliber und die Qualität der Menschen, die Europa seit Jahrzehnten regieren. Es ist hoffnungslos. Sie sind ein hoffnungsloser Haufen nutzloser Bürokraten, zweitklassiger Politiker, die einem sterbenden Kontinent vorstehen. Das geschieht im Grunde genommen.

DL: Ich habe gerade einen Bericht über die Militärausgaben Polens gesehen, Costas. Sie geben dort wie betrunkene Seemänner Geld für Rüstungsgüter aus. Und die beiden größten Posten waren, glaube ich, 10 Milliarden Dollar für Apache-Hubschrauber aus den USA und etwa 4,6 Milliarden Dollar für 32 F-35, die im Grunde unbrauchbare Flugzeuge sind. Und mit den Kosten über die gesamte Lebensdauer werden es über 20 Milliarden Dollar für diese 32 F-35 sein. Ich kann mir kein dramatischeres Beispiel für die wahnsinnige, massive Übertragung öffentlicher Gelder an Auftragnehmer des US-Militärs vorstellen. Und sie erzählen den Europäern, dass dies für die Zukunft Europas von Vorteil sein wird, dass dies ihre Sicherheit erhöhen wird. Es ist völliger und absoluter Wahnsinn.

CL: Das ist einfach Unsinn. Es ist auf jeder Ebene Unsinn. Wie wir bereits gesagt haben, gibt Europa bereits sechs- bis siebenmal so viel aus wie die Russen. Und dann soll das noch verdoppelt werden? Warum? Offensichtlich, um amerikanische Waffen zu kaufen. Das ist der Grund. Abgesehen von den anderen Aspekten, der Militarisierung der Gesellschaft, dem damit verbundenen Unsinn, der Verhärtung der Standpunkte, lassen wir das mal beiseite. Schauen wir uns einfach die nackten Zahlen an. Es ergibt einfach keinen Sinn. Und dass Draghi so etwas vorschlägt und dabei wie ein seriöser Ökonom wirkt – aber das ist eben Mario Draghi. So war er schon immer. Er wurde von allen als unglaublich weiser Mann

gepriesen. Wie ich schon sagte: Stürme kommen und gehen, Mario Draghi ist immer da. Ob Sonnenschein, Regen oder Schnee, Mario Draghi ist zur Stelle. Er ist der konstante Bezugspunkt. Und was hat dieser Mann vorzuweisen? Nichts. Überhaupt nichts. Aber genau das widerfährt Europa seit einigen Jahrzehnten. Der Kontinent begeht Selbstmord. Und man ist darüber erfreut. Der herrschende Block der USA schreibt vor, was zu tun ist, und man befolgt es.

DL: Ich möchte auf einen Aspekt von Draghis Bericht zurückkommen, den Sie bereits angesprochen haben, nämlich die Notwendigkeit, private Investitionen anzukurbeln. Er sprach über diese enormen Ausgaben in Höhe von 5% des BIP. Und er räumte ein, dass dies von den Staaten und Regierungen Europas nicht allein bewerkstelligt werden könne, sondern dass sie sich in erheblichem Maße auf private Investitionen verlassen müssten. Können Sie uns ein oder zwei Beispiele für Mechanismen nennen, die Ihrer Meinung nach wirksam wären, um umfangreiche private Investitionen in Europa anzukurbeln?

CL: Es ist schwierig, hier eine allgemeine Aussage zu treffen. Man muss in bestimmten Sektoren denken. Was für die Automobilindustrie funktionieren würde, funktioniert nicht unbedingt auch für KI oder Telekommunikation und so weiter. Meiner Meinung nach ist hier ein stärkeres Eingreifen des Staates erforderlich, der die erforderlichen Kapazitäten erwerben muss, da die europäischen Staaten derzeit nicht über solche Kapazitäten verfügen. Ein stärkeres Eingreifen des Staates in die Investitionspraxis großer Konzerne, eine Art Aufteilung der Investitionen, eine Art teils private, teils öffentliche Kombination, die von Ort zu Ort unterschiedlich sein könnte. Dies wäre beispielsweise im Verkehrswesen eine Sache. Im Automobilgeschäft wäre es, wie ich bereits erwähnte, eine andere Sache. In der Chemiebranche wäre es wieder etwas anderes. Und es würde auch rechtliche und andere Maßnahmen in Bezug auf die Verwendung der einbehaltenen Gewinne erfordern. Es muss für Großkonzerne schwierig werden, Gewinne an die Aktionäre auszuschütten und Gewinne einzubehalten, anstatt zu investieren. Es muss für sie zu einer kostspieligen Angelegenheit werden. Es muss innovative Wege geben, konstruierte Steuern, Abgaben, die Großkonzerne zu aktiven Investitionen im Inland und nicht im Ausland zwingen würden. Ich möchte nicht zu sehr verallgemeinern. Was ich sagen will, ist, dass es vom Sektor abhängt und dass es eine staatliche Initiative und private Investitionen sowie Anreize für private Investitionen geben muss. Es ist schwierig. Wir haben in Europa den Punkt erreicht, an dem die Staaten, selbst wenn sie es wollen, nicht über die Kapazitäten verfügen. Die Menschen wissen das oft nicht zu schätzen. Sie denken, dass der Staat dort eine Art unveränderliche Einheit ist. Die Fähigkeiten der europäischen Staaten, und eigentlich auch der Kernstaaten, haben in den letzten vier Jahrzehnten dramatisch abgenommen. Es gibt nur noch wenige Menschen, die wissen, wie man Industriepolitik betreibt. Das darf man nicht unterschätzen. Es gibt nur noch wenige Menschen mit dem Wissen, wie man Finanzkontrollen durchführt, um Investitionen zu unterstützen. Was fehlt, ist das Denken und der Ansatz. Dafür hat die neoliberale Ideologie gesorgt, die in den letzten vier Jahrzehnten die staatlichen Maßnahmen dominiert hat. Die Mitarbeiter in den verschiedenen Bereichen des Staates verfügen nicht über die erforderlichen Kenntnisse und denken nicht in diese Richtung. Es wäre also eine politische Kehrtwende erforderlich. Deshalb habe ich gesagt, dass sich das Gleichgewicht zwischen

Kapital und Arbeit ändern muss. Unter den aktuellen Bedingungen ist es sehr schwer zu erkennen, wie das geschehen soll. Wenn es einen politischen Wandel gibt, wenn die Arbeitnehmerschaft die Oberhand gewinnt, wenn das Kapital sich zurückzieht, dann wird der Staat selbst beginnen, sich zu verändern, und dann wird sich auch die Interaktion mit dem Großkapital verändern. Das ist die Art von Dingen, über die wir sprechen. Ansonsten ...

DL: Ich würde sagen, dass Sie schon seit Langem ein sehr offener Kritiker der Europäischen Union sind, und das völlig zu Recht. Und mir scheint, dass dieses Biest mittlerweile zutiefst antidemokratisch geworden ist. Nehmen wir nur die Erfahrungen mit der Krise in Griechenland, wo die Troika den Willen des griechischen Volkes im Grunde genommen mit Füßen getreten hat, nachdem es mit überwältigender Mehrheit gegen die Sparauflagen der griechischen Gläubiger gestimmt hatte. Alexis Tsípras, wie Sie nur allzu gut wissen, da Sie als damaliger Abgeordneter mitten im Zentrum dieser gesamten Krise in Griechenland standen, sie haben dem griechischen Volk praktisch vermittelt, dass ihre Entscheidung, die Sparauflagen der Gläubiger abzulehnen, bedeutungslos ist. Und sie haben Griechenland eine außerordentlich harte Form der Sparmaßnahmen auferlegt. In jüngerer Zeit, wenn auch eher auf nationaler Ebene, hat die Linke die französischen Wahlen gewonnen und Emmanuel Macron hat im Grunde beschlossen, einen Premierminister zu ernennen, der ihm zusagt und nicht den Wahlsiegern dieser Wahl. Und noch aktueller ist diese abgesagte Wahl in Rumänien, bei der in der ersten Runde der Gegenkandidat, ein Außenseiter, der gegen die Verlängerung und Finanzierung des Stellvertreterkriegs in der Ukraine war, als Sieger hervorging, woraufhin die erste Runde der Wahl in Rumänien einfach abgesagt wurde, zweifellos unter dem Druck der EU-Eliten. Meine Frage an Sie, Costa, lautet: Ist eine Rettung noch möglich? Kann die EU demokratisiert werden oder ist sie so aufgebaut, dass sie den demokratischen Willen der Menschen untergräbt? Gibt es aus demokratischer Sicht noch Hoffnung für die EU?

CL: Überhaupt nicht. Die EU ist in eine demokratische Richtung nicht reformierbar, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Menschen im Allgemeinen entspricht. Fangen wir damit an. Aber lassen Sie mich etwas zur Demokratie im Allgemeinen sagen. Sie befindet sich auf dem Abwärtstrend, nicht nur in Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten und anderswo, wie Sie sehr gut wissen, wie Sie in Kanada gesehen haben, aber auch in anderen Teilen der Welt. Die Demokratie erlebt einen Abwärtstrend. In Europa erreicht sie einen außergewöhnlichen Zustand. Man weiß nicht, wo man anfangen soll. Wie Sie selbst bereits erwähnt haben, ist Frankreich seit langem praktisch ohne Regierung, und Macron hat sich geweigert, jemanden von der Linken zum Premierminister zu ernennen, obwohl die Linke gemeinsam eine Mehrheit erreicht hatte. Rumänien ist der Gipfel der antidemokratischen Praktiken. Aber das Problem beginnt im Kern, oder? Ich meine, die derzeitige Leistung der Kommission und die Machtkonzentration in den Händen von der Leyens und ihres Kreises ist beispiellos. Und es gibt jetzt eine Reihe von Institutionen, die praktisch losgelöst vom Willen der Bevölkerung agieren. Vor ein paar Monaten fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Ich habe zusammen mit einigen anderen Linken in Griechenland daran teilgenommen. Der einzige Grund, warum wir das taten, war, dass wir dachten, wir würden die politische Debatte in Griechenland und in Europa anregen. Die

Vorstellung, dass das Parlament in Brüssel und Straßburg tatsächlich einen echten Einfluss auf die Politikgestaltung haben könnte, ist Unsinn. Das ist einfach nicht der Fall. Das funktioniert nicht. Oder nehmen wir die EZB, die Gesetze erlässt, indem sie Maßnahmen ergreift und Entscheidungen trifft. Wem ist sie rechenschaftspflichtig? Sie hat sich selbst transformiert. Die Bilanz der EZB ist derzeit enorm. Sie ähnelt sehr der Fed. Mit anderen Worten: Sie hat durch quantitative Lockerung und dergleichen Liquidität geschaffen, ganz ähnlich wie die Fed zuvor. Wer hat diese Entscheidung getroffen? Wer hat sie geprüft und entschieden? Niemand. Es wurde einfach getan. Und Mario Draghi stand natürlich an der Spitze, denn ohne Mario Draghi passiert in Europa nichts. Die Demokratie ist also auf dem Rückzug. Warum? Offensichtlich, weil das Kapital die Oberhand gewinnt. Kapital ist nicht demokratisch. Die Vorstellung, dass das Kapital und die freie Marktwirtschaft zwangsläufig demokratisch sind, ist historischer Unsinn. Das Kapital dient seinen eigenen Interessen. Das Großkapital dient seinen eigenen Interessen. Und diese Interessen können autokratisch sein. Der Staat wird zur Durchsetzung der eigenen Interessen benutzt. Im Zuge dieser Entwicklung und des Rückzugs der Arbeiterbewegung in den letzten 30, 40 Jahren sind die sogenannten intermediären Institutionen verschwunden, richtig? Die vermittelnden Institutionen. Die wichtigsten davon sind natürlich die Gewerkschaften. Damit Demokratie eine Substanz hat, reicht es nicht aus, alle vier oder fünf Jahre wählen zu gehen. Das bedeutet nichts. Die Wahl kann gesteuert werden, die Hälfte der Zeit manipuliert werden. Damit Demokratie sinnstiftend ist, muss Demokratie reflektiert werden und dort, wo Sie leben, an Ihrem Arbeitsplatz, in Ihrer Nachbarschaft, in Ihrer Stadt, real sein. Und es muss Institutionen geben, die es ermöglichen, dass Ihre Stimme gehört wird. Und diese müssen als eine Art Kontrolle und als eine Art Gegengewicht zu den Institutionen weiter oben fungieren, zu denen, die politische Entscheidungen treffen. Diese Dinge existieren nicht mehr. Stattdessen wird ab und zu gewählt. Und dann gibt es die Medien, die von großen Konzernen kontrolliert werden und versuchen, die Wahl zu manipulieren, sowie diese zweitklassigen und von der Bevölkerung losgelösten Politiker, und die allgemeine Arbeit ist im Argen. Das ist im Grunde genommen die Situation. Deshalb hat die Demokratie an Inhalt verloren, sie ist im Wesentlichen ausgehöhlt. In Europa ist dies ein außergewöhnlicher Prozess, da er mit der Machtanhäufung durch EU-Institutionen einhergeht, wodurch die Situation noch verschärft wurde. Sie haben es den inländischen herrschenden Blöcken ermöglicht, Entscheidungen zu treffen, die antidemokratisch sind und gegen das Volk gerichtet sind, indem sie sich auf EU-Mechanismen stützen. Das ist der Zweck der Europäischen Union. Dies erfüllt sie zufriedenstellend und gut. Was ist nun die Schlussfolgerung daraus? Die Schlussfolgerung ist für mich eindeutig. Was die Demokratie betrifft, so bedeutet dies, dass wir in erster Linie die Volkssouveränität brauchen. Die Menschen brauchen Souveränität im eigenen Lebensumfeld. Demokratie existiert nicht in den Zwischenräumen der Welt, richtig? Demokratie existiert im unmittelbaren Lebensumfeld. Es bedarf der Volkssouveränität. Die Menschen müssen in der Lage sein, ihre Souveränität im wahrsten Sinne des Wortes von unten nach oben auszuüben. Die Mechanismen, die dies ermöglichen, können von Land zu Land unterschiedlich sein, aber die Idee der Volkssouveränität ist sehr, sehr wichtig. Dafür braucht man die von mir erwähnten Vermittlungs- und Schlichtungsinstitutionen. Aber die Volkssouveränität ist nur der erste Teil, der notwendige erste Teil. Man braucht auch die nationale Souveränität. Ohne nationale Souveränität, in Kombination mit der Volkssouveränität, ist es unmöglich, die

Demokratie als funktionierende Praxis aufrechtzuerhalten, da andere Einfluss von außen nehmen und Ihnen sagen werden, was Sie zu tun haben, korrekt? Nationale Souveränität hat hier also nichts mit Nationalismus oder irgendeiner dieser Obsessionen so vieler Menschen zu tun. Nationale Souveränität ist ein notwendiger Bestandteil der demokratischen Praxis. Mit anderen Worten: Für die Demokratie ist es wichtig, eine Sprache zu sprechen, die von den Völkern und Nationen Europas gesprochen wird. Die europäischen Länder müssen eine Sprache sprechen, die von der Bevölkerung verstanden wird. Die Arbeitnehmer in Europa, Spanien, Italien usw. müssen den politischen Diskurs im eigenen Land beherrschen. Dadurch würde die nationale Souveränität auch ihren wahren internationalistischen Inhalt erhalten. Das sind sehr alte Ideen, sie stammen nicht von mir. Das sind sehr alte Ideen, aber sie sind in Vergessenheit geraten. In den letzten Jahrzehnten dieses abstrakten Diskurses über Globalisierung und Überwindung von Grenzen usw. haben die Menschen all das vergessen. Wir brauchen Volkssouveränität und nationale Souveränität, sonst bedeutet Demokratie nichts. Mit anderen Worten: Wir brauchen die Europäische Union nicht. Die Europäische Union ist die Negation all dessen.

DL: Wie Sie nur zu gut wissen, gab es 2015 in Griechenland eine lebhafte Debatte über den Austritt des Landes aus der Eurozone. Und wenn ich mich recht erinnere, waren Sie einer der führenden Befürworter eines Austritts. Es gibt diese Zeile aus dem berühmten Lied „Hotel California“ von den Eagles, in der es heißt, dass man jederzeit einchecken, aber nie wieder auschecken kann. Gibt es Ihrer Meinung nach für Griechenland, zumal für ein Land, dessen Wirtschaft im Vergleich zu den Kernländern der Europäischen Union so klein ist wie die Griechenlands, eine Möglichkeit, dieses unreformierbare antidemokratische Biest zu verlassen, ohne die eigene Wirtschaft zu ruinieren? Und wenn Sie glauben, dass es eine solche Möglichkeit gibt, wie würde diese im Großen und Ganzen aussehen?

CL: Lassen Sie mich zunächst einmal festhalten, dass die Frage für Griechenland derzeit nicht der Austritt aus der Währungsunion ist. Das war 2015 der Fall, richtig? Das war 2012, 2013, 2014 und 2015 der Fall, in hohem Maße. Was Sie sehr gut wissen, ist, dass sich die politische Opposition, der politische Kampf, im Laufe der Zeit auf verschiedene Punkte konzentriert. Und man will ja nicht eine stehengebliebene Uhr sein, oder? Wenn Sie also heute den Griechen sagen würden, dass sie sofort aus der Europäischen Union austreten müssen, würden diese denken, dass Sie aus einer längst vergangenen Zeit kommen. Und in gewisser Weise hätten sie recht. Denn die Probleme des Landes sind sehr schwerwiegend. Aber ein sofortiger Austritt aus der Europäischen Union würde diese Probleme nicht lösen, wenn Sie verstehen, was ich meine. Ein Austritt aus der Währungsunion im Jahr 2015 hätte eine andere Richtung eröffnet und die sozialen und nationalen Probleme auf andere Weise gelöst. Ich kann darauf zurückkommen, wenn Sie möchten. Aber im Moment geht es nicht um den Austritt aus der Europäischen Union. Im Moment besteht das Problem für Griechenland in der Umstrukturierung seiner Wirtschaft und darin, ihr Beine zu machen. Die griechische Wirtschaft ist derzeit praktisch ohne Beine. Sie ist unglaublich fragil. Sie ist über alle Maßen angeschlagen. Ich meine, ein kräftiger Windstoß würde sie zerstören. Und das ist das Ergebnis des Kompromisses von 2015. Richtig? Das war das Ergebnis. Und Sie erinnern sich vielleicht oder auch nicht, dass ich damals selbst argumentiert habe, dass das Ergebnis

einer solchen Maßnahme für Griechenland eine langfristige Stagnation und ein Mangel an strukturellem Wandel sein würde, und genau das ist im Grunde genommen passiert. Für Griechenland stellt sich also eine andere Frage. Allgemein gefragt, und ich kann darauf zurückkommen, was Griechenland brauchen könnte, kann jedes Land die Europäische Union verlassen. Großbritannien hat es vorgemacht. Es gab alle möglichen Aufschreie. Es wird das Ende der Welt sein, wie wir sie kennen. Und es wird eine Katastrophe sein. Und es wird einen Ausbruch von, ich weiß nicht, Pestilenzkrankheiten geben... Nichts dergleichen ist passiert. Absolut nichts. Großbritannien würde sich selbst schaden, begeht bezüglich den Außenhandels nationalen Selbstmord, es wurde so viel Aufhebens über den Handel mit seinen Haupthandelspartner gemacht. Erst vor wenigen Wochen wurde eine ernsthafte Studie der London School of Economics veröffentlicht, die darauf hinweist, dass die Auswirkungen auf den Handel sehr gering waren. Im Grunde hat sich die Großindustrie, insbesondere das Großkapital, angepasst. Die Auswirkungen auf kleinere Unternehmen waren schwerwiegender. Das stimmt. Aber die Auswirkungen insgesamt waren sehr gering. Mit anderen Worten: Die britische Wirtschaft hat weitaus ernstere Probleme zu bewältigen, die, so ernst sie auch sind, nicht mit den Folgen des Austritts aus der Europäischen Union zu vergleichen sind. Wir könnten noch lange darüber reden, aber lassen wir das beiseite. Großbritannien zeigt jedoch, dass ein Austritt möglich ist. Man kann austreten und eine andere Vereinbarung finden. Das könnte übrigens auch der Weg sein, den die Europäische Union einschlägt. Je überflüssiger sie wird, je antidemokratischer sie wird, desto deutlicher zeigt sich, dass sie nicht den Interessen der europäischen Bevölkerung dient, insbesondere angesichts der sich wandelnden Politik, desto hohler könnte sie von innen heraus werden. Man könnte Mitglied bleiben, aber das würde nicht viel bedeuten. So könnte es sich entwickeln. Und es könnte eine Art von Beziehung à la carte entstehen. Großbritannien erwirbt im Wesentlichen diese à la carte-Beziehung nach dem Austritt. Für Griechenland würde eine Änderung der Beziehung zur Europäischen Union einen dramatischen Wandel im Inland erfordern. Die griechische Elite kann sich das derzeit nicht einmal vorstellen – ich meine, allein der Gedanke, dass das Land die Europäische Union verlassen könnte, versetzt sie in Panik. Sie können sich nicht vorstellen, dass dies jemals passieren könnte. Sie haben nicht die Mittel, nicht die mentale Kapazität und nicht den politischen Willen, etwas zu ändern. Daher würde jede Art von Aussicht auf andere Beziehungen des Landes zur Europäischen Union in der Zukunft einen dramatischen innenpolitischen und gesellschaftlichen Wandel erfordern.

DL: In Bezug auf die Art von Reformen, die Griechenland durchführen sollte, ist die Darstellung in den sogenannten Leitmedien seit dem Amtsantritt von Mitsotakis' Nea Dimokratia, dass Griechenland auf dem Weg der Besserung ist. Man erwirtschaftet Haushaltsüberschüsse. Angeblich gibt es Wirtschaftswachstum, die Verschuldung ist unter Kontrolle. So lautet das Narrativ. Wie sieht Ihrer Meinung nach die Realität aus? Und was muss die Regierung Ihrer Meinung nach tun, um die griechische Wirtschaft auf eine wirklich nachhaltige und florierende Basis zu bringen?

CL: Die Realität ist ein BIP-Wachstum von 2,2 %, etwa 2,3 %, maximal 2,1 %. Bei diesem Tempo wird selbst der Schaden der Griechenlandkrise noch mehrere Jahre lang nicht behoben

sein. Das ist die Wahrheit. Griechenland hat sich noch nicht wirklich vollständig erholt. Es hat die Verluste noch nicht ausgeglichen. Und bei dem gegenwärtigen Tempo wird es das auch in den nächsten Jahren nicht tun. Die herrschende Elite Griechenlands hat das Land in der EWU, der Währungsunion, gehalten und so getan, als sei dies der Weg, um das Land im harten Kern der Europäischen Union, dem exklusiven Club der mächtigen westlichen Nationen, zu belassen. Griechenland ist ein vollwertiges Mitglied dieser Gemeinschaft. In Wirklichkeit hat es Griechenland dadurch zu einem Land an der Peripherie gemacht, zu einem kleinen Balkanland, das wirtschaftlich und in jeder anderen Hinsicht keine Rolle spielt. Und das war vorhersehbar. Das ist im Grunde genommen eingetreten. Eine andere interessante Sichtweise ist folgende: Als Griechenland 1981 der Europäischen Union beitrug, betrug das Verhältnis seines BIP zum türkischen BIP zwei zu drei. Auf zwei Einheiten des griechischen BIP kamen drei Einheiten des türkischen BIP. Das war das Gleichgewicht. 40 Jahre später beträgt das Verhältnis zwei zu acht, wenn ich großzügig urteile. Das ist das Verhältnis im Moment. Und das liegt zum Teil daran, dass es in den letzten 25 Jahren ein anhaltendes Wachstum, ein kapitalistisches Wachstum in der Türkei gab. Ein starkes Wachstum. Teilweise ist das der Grund, aber andererseits ist Griechenland geschrumpft. Das allein sagt schon viel über die historische Wahrheit aus. Das Pro-Kopf-Einkommen in Griechenland war 1981, als das Land der EU beitrug, viermal so hoch wie das der Türkei. Im Moment beträgt es, wenn ich großzügig bin, das doppelte Pro-Kopf-Einkommen. Wahrscheinlich ist es sogar noch weniger. Mit anderen Worten, es gibt riesige Gebiete in der Türkei, denn die Türkei hat eine Bevölkerung von 85 Millionen, riesige Gebiete in der Türkei, die ein Pro-Kopf-Einkommen haben, das dem Griechenlands entspricht oder sogar höher ist, richtig? Und das liegt an den von den Griechen getroffenen Entscheidungen, den Entscheidungen der herrschenden Klasse Griechenlands und der Art der Wirtschaft, die dadurch entstanden ist. Wie sieht diese Wirtschaft aus? Geringe Investitionen, praktisch keine Investitionen. Es ist unglaublich, wie wenig investiert wird.

DL: Bitte entschuldigen Sie meine Unterbrechung. Ich habe gerade einen Artikel in Kathimerini gelesen, in dem es hieß, dass der größte Teil der ausländischen Investitionen in Immobilien floss. Das Geld, das ins Land fließt, wird also für den Kauf von Immobilien verwendet.

CL: Es gibt absolut keine inländischen Investitionen. Griechische Kapitalisten investieren im Grunde nicht. Oder? Und sie haben seit Jahren nicht investiert. Es mangelt also an Investitionen. Sie haben von der Türkei gesprochen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Ich habe nichts – ich meine, ich bin Sozialist, ich vergleiche Griechenland nur mit den Nachbarländern. Griechenland produziert jährlich so viel, wie die Türkei jährlich investiert. Wenn ich es so ausdrücke, verstehen Sie, was vor sich geht, oder? Sie verstehen die Realitäten, die Realitäten der Wirtschaft. Ich wiederhole: Griechenland erwirtschaftet jährlich das, was die Türkei jährlich investiert. Sie werden sehen, was passieren wird, wenn Sie nur abwarten. Wir sollten also keine Zeit mehr verschwenden. Betrachten wir die Wirtschaft, die Griechenland seit 2015 aufgebaut hat. Gehen wir nicht weiter zurück. Die griechische Wirtschaft, wie sie sich seit 2015 entwickelt hat, nach dem Kompromiss von Syriza, dem Ausverkauf, im Grunde genommen, und der Auferlegung von Bedingungen für das Land

durch die Troika, also durch die Europäische Union, durch Deutschland, was dann zu einer eigenen Katastrophe führte – aber das ist eine andere Geschichte – die Wirtschaft, die sich in dem Land entwickelt hat, ist eine Wirtschaft ohne Investitionen. Und der wichtigste Faktor, der die Wirtschaft am Laufen hält, sind niedrige Löhne. Es herrscht ein unglaublicher Druck auf die Löhne, was von Anfang an der Fall war, ich meine, wir haben bereits darauf hingewiesen, oder? Und genau das ist passiert. Griechenland hat, wenn nicht das niedrigste, so doch das zweitniedrigste verfügbare Einkommen in der Europäischen Union. Es handelt sich jetzt um ein armes Land, richtig? Wenn man sich die Löhne und das Einkommen ansieht, ist es ein armes Land.

DL: Ich weiß nicht, wie die Menschen in Griechenland mit dem Mindestlohn überleben können. Es ist absolut ...

CL: Es ist die Familie, es gibt andere Möglichkeiten, über die Runden zu kommen. Es gibt die Schattenwirtschaft, die Schwarzarbeit und dergleichen, aber die Löhne sind sehr niedrig. Das ermöglicht es dem griechischen Kapital, die Kontrolle zu übernehmen. Fehlende Investitionen, enormer Druck auf die arbeitende Bevölkerung. Mit anderen Worten: enorme Ausbeutung. Es ist der Wilde Westen. Der griechische Arbeitsmarkt ist der Wilde Westen. Das ist natürlich für einige Teile des griechischen Kapitals ein Wettbewerbsvorteil. Wenn man die Löhne drückt, gewinnt man an Wettbewerbsfähigkeit. Und so konnte Griechenland seine Exporte steigern. Das ist die berühmte IWF-Lösung, oder? Man richtet sich auf den Weltmarkt aus. Ja, aber wenn man dies ohne Investitionen und ohne einen Plan und eine Organisation der Wirtschaft umsetzt, wird wahrscheinlich auch der Import steigen. Die Exporte sind also deutlich gestiegen, aber auch die Importe. Und so liegt das Leistungsbilanzdefizit des Landes derzeit bei sechs oder sieben Prozent des BIP, was nicht tragbar ist. Das ist enorm, oder? Und das spiegelt die wahre Stärke der Wirtschaft wider. Von Wundern ganz zu schweigen. Die griechische Wirtschaft hat ein Leistungsbilanzdefizit von sechs bis sieben Prozent.

DL: Handelt es sich dabei hauptsächlich um Energieimporte? Ist das der Großteil der ...

CL: Nein, es geht nicht hauptsächlich um Energie. Der Importanteil der Vorleistungen in Griechenland ist sehr hoch. Sogar der Tourismus. Der Tourismus in Griechenland, der nach 2015 von den Regierungen als wichtigste Wirtschaftsaktivität gefördert wurde, ist auf Importe angewiesen. Im Gegensatz zum türkischen Tourismus, der von der heimischen Wirtschaft profitiert, richtig? Mit anderen Worten: Die Butter, die Sie brauchen, die Tomaten, die Sie benötigen, was auch immer Sie brauchen, es kommt aus dem Ausland nach Griechenland. Wenn also der Tourismus wächst, steigen auch die Importe. Und das ist nur ein Fall. Es gilt auch für die verarbeitende Industrie. Es gilt auch für andere Aktivitäten. Um es zusammenzufassen: Fehlende Investitionen, daraus resultierendes mangelndes Produktivitätswachstum, enormer Druck auf die Löhne und das Problem der internationalen Transaktionen. Die Regierung und die herrschende Elite wissen, dass die Investitionen sehr schwach sind, aber sie haben keine Möglichkeit, etwas dagegen zu unternehmen, weil sie die Großkonzerne, ihre Freunde, nicht beunruhigen wollen, und sie haben keine finanziellen

Mittel, um etwas zu unternehmen, weil sie durch den Deal von 2015 und die Folgen im Grunde die Kontrolle über die Banken verloren haben. Also machen sie weiter und preisen ausländische Direktinvestitionen. Jeder, der sich mit ausländischen Direktinvestitionen auskennt, weiß, dass sich ein Land von der Größe Griechenlands und größer noch nie durch ausländische Direktinvestitionen entwickelt hat. So etwas ist nicht möglich, richtig? Ausländische Direktinvestitionen können sicherlich eine ergänzende Rolle spielen, wenn man nicht über das Geld, die Fachkenntnisse und das Kapital verfügt, um bestimmte Sektoren zu entwickeln, und ja, das kann unter bestimmten Bedingungen begrüßt werden. Aber die Vorstellung, dass man eine Wirtschaft von der Größe Griechenlands durch ausländische Geldgeber entwickeln kann, zeigt, wie wenig man über die Funktionsweise von Volkswirtschaften weiß. Griechenland hat also noch nie nennenswerte ausländische Direktinvestitionen verzeichnet. Warum sollte es welche haben? Warum sollte Geld aus dem Ausland nach Griechenland fließen, wenn die Griechen selbst nicht investieren? Unter welchen Bedingungen würde das geschehen? Die meisten ausländischen Investitionen, die ins Land kamen, spiegeln übrigens die Lockerung der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten wider. Die ausländischen Direktinvestitionen in Griechenland stiegen zu dieser Zeit, in 22, 23, richtig? Und dann gingen sie zurück, zwar immer noch unbedeutend, aber sie gingen zurück. Das meiste Geld, das ins Land kam, floss, wie Sie bereits sagten, in Immobilien und in Finanztransaktionen. Kaum 15% auf dem Höhepunkt, floss in die Entwicklung neuer Produktionskapazitäten und inzwischen ist es noch weniger. Ausländische Investitionen, die Menschen hier denken, dass die Deutschen, die Franzosen, die Amerikaner, die Chinesen, ich weiß es nicht, wer auch immer ins Land kommt und Fabriken aus dem Nichts erschafft. Das tun sie nicht. Sie kommen her und kaufen Wohnungen, Apartments, touristische Kapazitäten und so weiter. Was haben wir für eine Wirtschaft? Ich meine, wie kann eine Nation auf dieser Grundlage überleben? Wie kann sie mit Zuversicht in die Zukunft blicken? Das kann sie nicht. Im Grunde kann sie das nicht. Das ist die Grundlage der Wirtschaft.

DL: Und diese ausländischen Immobilienkäufe in Griechenland machen Immobilien für viele Griechen vermutlich weniger erschwinglich. Stimmt diese Aussage?

CL: Griechenland hat die eigentümlichste Immobilienblase, seit Immobilienblasen existieren. Wie wir aus der Geschichte wissen, führten wir eine Diskussion über die Immobilienblase in den Vereinigten Staaten von 2001 bis 2006, die in der gigantischen Krise endete. Diese Immobilienblase in den Vereinigten Staaten, mit der Subprime-Dimension und all dem, wurde von den Banken finanziert, richtig? Hypotheken wurden vergeben, die Banken stiegen in das Geschäft ein, Schattenbanken stiegen ebenfalls ein, europäische Banken beteiligten sich, es gab ein Karussell, Geld wurde hin- und hergeschoben und die Banken machten Gewinne aus Provisionen, Gebühren und dergleichen, und sie spielten damit. Aber es waren die Bankkredite, die dies bewirkten. Man nahm Kredite auf, zahlte, dann stiegen die Preise, dann nahmen andere Leute Kredite auf, eben dieses von mir erwähnte Karussell. Das ist ganz typisch für Immobilienblasen. Die griechische Blase verhält sich anders. Die Immobilienpreise in Griechenland sind in die Höhe geschossen. Thessaloniki ist übrigens noch stärker betroffen als Athen. Es geht nicht nur um Athen. Es betrifft das ganze Land. Warum? Ganz einfach. Ausländische Direktinvestitionen sind ein Schlüsselfaktor. Das

„Goldene Visum“, ein zweifelhafter, beschämender Mechanismus, den eine Reihe europäischer Länder, darunter auch Griechenland, zur Anwerbung von Ausländern eingesetzt haben, um ihnen im Grunde ein europäisches Visum zu geben, sofern sie Kapital einbringen und Immobilien kaufen. Dadurch steigen die Immobilienpreise, die Mittelschicht steigt in das Geschäft ein, sie renovieren ihre Wohnungen, ihre Apartments, halten sie instand; einige Menschen finden dadurch eine Beschäftigung. Klempner, Elektriker usw. – diese Schicht der Arbeitskräfte erhält ein neues Einkommen und sie denken, dass es ihnen gut geht. Die Preise steigen unterdessen weiter. Die Menschen werden vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen und die einzigen, die davon profitieren, sind Kaufende und Verkaufende, denn selbst die Mittelschicht sieht, wie die Preise ihrer Häuser steigen, aber sie können dies nicht in liquide Mittel im Hier und Jetzt umwandeln. Es liegt nicht an den Bankkrediten. Es liegt an ausländischem Geld. Mit anderen Worten, es ist noch weniger fundiert als die Immobilienblase in den USA. Es basiert auf nichts. Es ist unglaublich. Wir haben es hier mit einer Wirtschaft zu tun, die momentan auf nichts basiert. Währenddessen spricht die Regierung von Wundern und großen Erfolgen, und das wird in den etablierten Zeitungen in Europa wiedergegeben. Es zeigt, wie gering das Verständnis von Wirtschaft ist und welche Art von Berichterstattung jetzt in so vielen etablierten Zeitungen vorherrscht. Die Financial Times hat vor ein paar Wochen einen lächerlichen Artikel über das Wunder von Griechenland veröffentlicht. Die Journalisten haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, grundlegende Recherchen anzustellen und sich einige Zahlen anzusehen, bevor sie einen unsinnigen Artikel über den enormen Erfolg Griechenlands schrieben. Griechenland ist die Lokomotive Europas – Sie können sich vorstellen, wie Europa aussehen würde, wäre Griechenland die Lokomotive. Sie können sich vorstellen, wie der Rest des Kontinents aussehen würde.

DL: Ich würde sie sicherlich nicht als die Lokomotive der örtlichen Tankstelle betrachten, geschweige denn des gesamten Kontinents. Es gibt noch eine letzte Angelegenheit, nach der ich Sie fragen möchte, Costas. Sie waren sehr großzügig mit Ihrer Zeit. Konzentrieren wir uns noch einmal auf Griechenland. Und zwar geht es um den Zustand dieser vermeintlich linken Partei, Syriza. Ich war verblüfft, als ich sah, dass 2023 ein Mann namens Stefanos Kasselakis, der einen Großteil seines Lebens in den Vereinigten Staaten verbracht hatte, Bankier war und anscheinend ein eingetragener Republikaner war, ich wiederhole, ein eingetragener Republikaner, Vorsitzender von Syriza wurde. Und das hat natürlich zu einer Krise nach der anderen innerhalb der Partei geführt. Er wurde abgesetzt, ist beleidigt gegangen und hat seine eigene politische Partei gegründet. Von außen betrachtet scheint es, als ob Syriza versucht, zu ihren Wurzeln zurückzukehren. Meine Frage an Sie als jemand, der die traumatischen Umstände des Jahres 2015 als Abgeordneter von Syriza miterlebt hat, geht dahin, ob diese Partei noch zu retten ist? Oder glauben Sie, dass in Griechenland auf politischer Ebene ein neues linkes Projekt aufgebaut werden muss, wenn wir das Versprechen der Linken erfüllt sehen wollen?

CL: Syriza ist als linke Organisation nicht mehr zu retten. Sie ist schon lange tot. Syriza ist nach dem Referendum 2015 gestorben, als das griechische Volk mit Nein stimmte und die Syriza-Führung ein Nein in ein Ja umwandelte. Mit anderen Worten, sie verleugnete die Grundprinzipien der Demokratie. Die Tragödie von Syriza und ihrer Führung bestand darin,

dass sie die Tragweite nicht verstanden, weil sie im Grunde politische Opportunisten waren. Sie dachten: Ah, es folgte eine Wahl, das griechische Volk hat uns dennoch gewählt, also hat es uns vergeben. Denn viele griechische Politiker, und nicht nur griechische, sondern auch andere Politiker, verstehen Wahlen als eine Art Reinigungsritual. Ich kann tun, was ich will, aber wenn bei einer Wahl die Menschen für mich stimmen, bekomme ich Absolution. Dann ist mir vergeben. Es spielt keine Rolle, was ich getan habe. Und genau das dachte Syriza. Ja, so wenig haben sie die historische Dimension der Ereignisse in Griechenland im Jahr 2015 verstanden, denn das Referendum 2015 war keine Wahl. Dieses Referendum war ein einzigartiges historisches Ereignis; eines dieser Ereignisse, die nur einmal in einer Generation stattfinden, wenn überhaupt. Es war ein Moment, der über die Richtung des Landes entschied. Es war eine Zeit, in der jede griechische Familie das Gefühl hatte, ein Mitspracherecht bei der Ausrichtung des Landes zu erhalten. Und tatsächlich konnten sie ihr Mitspracherecht auch wahrnehmen. Denn wie Sie wissen, wählen die Menschen zwar, aber sie glauben, dass die Politiker lügen und nichts passieren wird. Beim Referendum 2015 glaubten die Menschen, dass es diesmal anders sein könnte. Sie dachten, dass ihre Stimme etwas bewirken könnte. Aber das war nicht der Fall. Historische Ereignisse dieser Art prägen sich in das kollektive Gedächtnis ein. Sie werden zur historischen Realität. Das prägt das Bewusstsein der Menschen. Es ist keine Wahl. Wahlen kommen und gehen, oder? Syriza gewann die darauf folgende Wahl und sie schnitten für eine Weile gut ab. Und? Der historische Kompromiss, den sie eingegangen sind, hat sich in das kollektive Bewusstsein der Griechen eingebrannt. Sie wurden im Grunde genommen mit einem Haufen Lügern gleichgesetzt, mit Menschen, die nicht wirklich meinten, was sie sagten. Diesen Ruf konnten sie nie wieder loswerden. Mit Alexis Tsipras verhält es sich genauso. Alexis Tsipras ist eine tragische historische Figur, denn am Anfang wurde ihm wirklich der Königsweg zum politischen Ruhm geebnet. Er unternahm nichts, um ihn sich zu verdienen. Er wurde ihm einfach geschenkt. Und er dachte, man würde ihn von Anfang bis Ende mit Samthandschuhen anfassen. Er verstand nicht wirklich, was vor sich ging, weil er nicht über die entsprechenden Informationen verfügte. Er hatte nicht das nötige Verständnis. Das hatte er nie. Und er dachte, er käme damit durch. Er erkannte nicht, wie beschädigt sein Ruf war. In den Augen des griechischen Volkes war er beschädigt. Und das Gleiche gilt für Syriza. In den Augen der griechischen Bevölkerung ist Syriza schon seit langem beschädigt. Die Auswirkungen dieses Kompromisses brauchten Zeit, um sich zu entfalten. Aber sie entfalteten sich, langsam, methodisch, unerbittlich. Sie fraßen die Organisation von innen auf. Sie entleerten sie jeglicher politischer Ehrlichkeit. Und die Leute schieden aus. Die Leute, die in Syriza blieben, waren im Grunde zweitklassige und opportunistische politische Akteure. Und es ist nicht überraschend, dass nach Tsipras Austritt, der sich in Bezug auf seine politische Präsenz deutlich von allen anderen abhob, in Syriza nur noch Politiker der zweiten Liga übrig blieben, die die Sympathien der griechischen Bevölkerung nicht gewinnen konnten und sich dann untereinander zerstritten. Sie hatten nichts zur Richtung des Landes beizutragen und endeten in einer Katastrophe. Dann holten sie einen gewissen Kasselakis ins Boot, und das Ganze wurde zum Zirkus. Anders kann man es nicht beschreiben. Ich meine, es war ein Zirkus. Ich habe keine Worte, um zu beschreiben, wie ungewöhnlich er ist. Er weiß wirklich nichts über die griechische Politik, aber er hat [unverständlich] und die Arroganz zu sagen, dass er Griechenland voranbringen wird. Wohin? Man weiß nicht, wo

oben und unten ist. Ich meine, es ist offensichtlich. Syriza ist jetzt im Grunde in eine Reihe verschiedener Organisationen zerfallen, die alle fragmentiert sind. Was von der offiziellen Syriza übrig bleibt, ist nicht einmal der Rede wert. Es gibt dort niemanden, der überhaupt politisches Gewicht hat. Sie haben nur den Namen. Sonst gibt es nichts.

DL: Sie haben erwähnt, dass Sie kürzlich an den Europawahlen teilgenommen haben. Für welche Partei haben Sie kandidiert?

CL: Wir haben ein Bündnis geschlossen. Einige von uns, die Syriza 2015 verlassen hatten und sich am Rande der griechischen Linken abmühten, etwas zu bewirken, schlossen ein Wahlbündnis mit Yanis Varoufakis und seiner Formation, um einen Sitz im Europäischen Parlament zu erlangen. Wir hofften, dass dies Möglichkeiten schaffen würde, die radikale Linke in Griechenland neu zu beleben.

DL: Das wäre also Meta 25, der griechische Zweig von ...

CL: Wir haben uns ihr nicht angeschlossen. Wir gingen nur ein Wahlbündnis mit ihnen ein. Es war nicht erfolgreich. Wir haben uns nicht allzu schlecht geschlagen. Wir haben nur knapp verloren, aber wir haben verloren. Aber das Fazit ist – um auf die Frage zurückzukommen, die Sie mir gestellt haben – dass die griechische Linke neu gegründet werden muss. Es gibt derzeit die Kommunistische Partei, die gut abschneidet. Das liegt daran, dass alles andere im Grunde genommen zusammengebrochen ist. Aber die Kommunistische Partei hat große Probleme, wie wir alle wissen, sektiererische Probleme. Im Grunde genommen ist sie enorm sektiererisch. Und das weiß jeder in Europa. Wer auch immer mit ihnen in Kontakt tritt, selbst wenn er aus anderen kommunistischen Parteien kommt, wird, sobald er auf die Kommunistische Partei Griechenlands trifft, von ihrem Sektierertum abgeschreckt. Aber sie ist erfolgreich, weil die Menschen sich zu ihr hingezogen fühlen, da sie sich einer Gruppierung anschließen wollen, die sich noch als links bezeichnet. Es geschehen dort einige interessante Dinge. Sie ziehen junge Menschen an. All das ist hoffnungsvoll. Es bedeutet, dass die griechische Bevölkerung nach etwas Neuem sucht. Ich glaube nicht, dass dies von der Kommunistischen Partei kommen wird. Aber es ist ein Spiegelbild der Suche der Gesellschaft nach neuen Ideen, der Neugründung der Linken. Und genau das muss geschehen. Wir brauchen eine Neugründung der Linken. Wir müssen damit beginnen, den Menschen in Griechenland Positionen zu vermitteln, die sich mit unseren aktuellen Problemen befassen und auf diese Probleme antworten. Geben wir ihnen Hoffnung. Sagen wir ihnen, welche Art von Wirtschaft und welche Art von Gesellschaft wir brauchen. Erklären wir ihnen, wie diese nicht kapitalistisch oder antikapitalistisch und im Wesentlichen sozialistisch sein können. Das ist die neue Aufgabe.

DL: Und ich glaube weiterhin, dass ich es noch zu meinen Lebzeiten erleben werde. Costas, wo können die Leute Ihr ausgezeichnetes Buch *The State of Capitalism (Der Zustand des Kapitalismus)* finden?

CL: Das Buch wurde von Verso veröffentlicht. Es ist über die Verso-Website oder über das

Internet leicht erhältlich. Es ist eine gemeinsame Anstrengung von elf von uns, aber kein Sammelband. Es handelt sich wirklich um eine Gemeinschaftsarbeit. Es deckt eine enorme Bandbreite an Themen ab, da wir viele verschiedene Wissensgebiete abdecken. Es gibt einen Überblick darüber, wo sich der Kern der kapitalistischen Wirtschaft befindet und wo sich die Peripherie der Weltwirtschaft befindet, und es liefert Argumente dafür, warum wir eine Verschärfung der Hegemonialkämpfe, das Wiederaufkommen des Imperialismus in der Art und Weise, wie er aufgetreten ist, und die Schwäche des Westens, die Schwäche des Kerns, erleben.

DL: Ich empfehle jedem, es zu lesen. Es ist eine faszinierende Lektüre. Mit seiner umfassenden Vision habe ich bereits viel gelernt. Also, Costas, ich wünsche Ihnen alles Gute und hoffe, dass wir dieses Gespräch in Zukunft fortsetzen können.

DL: Vielen Dank, Dimitri. Vielen Dank für Ihre Zeit. Ich weiß, dass der Beitrag sehr lang geworden ist, aber ich hoffe, er ist trotzdem interessant für Sie.

DL: Es war mir ein Vergnügen.

CL: Machen Sie bitte mit Ihrer Arbeit weiter, denn Ihr Beitrag zur öffentlichen Debatte in den letzten Jahren, insbesondere zu Palästina und anderen Themen, ist von enormer Bedeutung.

CL: Vielen Dank, Costas. Ich bin Dimitri Lascaris und melde mich am 2. Januar 2024 aus Montreal.

ENDE